

	Rn
3) Abweichende Vereinbarungen (I 2); Verzicht, Verwirkung...	26–32
A. Zwingendes Recht (I 2):	26–28
B. Verzicht:	29
C. Zu späte Kündigung, Verwirkung:	30–32
4) Folgen berechtigter Kündigung; insbesondere Schadensersatzpflicht (II)	33–35
A. Folgen berechtigter Kündigung:	33
B. Schadensersatzpflicht bei berechtigter Kündigung (II):	34, 35
5) Folgen unberechtigter Kündigung	36–40
A. Unwirksamkeit, Kündigungsgrund für den anderen Teil:	36
B. Vergütung:	37–39
C. Schadensersatzpflicht bei unberechtigter Kündigung:	40

1) Außerordentliche Kündigung

A. **Reichweite des § 89a:** § 89a betrifft die außerordentliche Kündigung **1** (auch fristlose Kündigung genannt, aber → Rn. 4); die ordentliche Kündigung ist in § 89 geregelt. § 89a gilt für alle HV, auch solche im Nebenberuf (§ 92b). Für unselbstständige Vertreter (§ 84 II) gilt Arbeitsrecht. Die außerordentliche Kündigung ist **nicht europarechtlich präformiert** (Art. 16 EU-RL, → § 84 Rn. 3). **§ 89a ist Sondervorschrift zu § 314 BGB**, OLG Düsseldorf BeckRS 2017, 151716 Rn. 45; OLG Saarbrücken 25.1.2006, HVR Nr. 1170, aber ohne wesentliche Unterschiede, da § 314 BGB nur die bisherige Rechtslage kodifiziert. Die Definition des wichtigen Grundes in § 314 I 2 BGB kann deshalb auch für § 89a I herangezogen werden (→ Rn. 3), OLG Düsseldorf BeckRS 2017, 151716 Rn. 45; Abmahnung (§§ 314 II, 323 II BGB) schon bisher (→ Rn. 10); Kündigung nur innerhalb angemessener Frist (§ 314 III BGB) schon bisher (→ Rn. 30); Schadensersatzpflicht bei berechtigter Kündigung (§ 314 IV BGB) → Rn. 34. **Vertragshändler** → § 84 Rn. 11.

§§ 626–628 BGB sind ersetzt. I 1 entspricht § 626 I BGB. § 626 II BGB gilt **2** nicht (→ Rn. 30). § 627 BGB wird durch §§ 89, 89a ausgeschlossen EB/Semmler Rn. 5, aA OLG Karlsruhe ZVertriebsR 2021, 80 Rn. 25 → § 86 Rn. 5. § 628 I BGB (Dienstvergütung bei außerordentlicher Kündigung) ist wohl idR durch §§ 87, 88 (Provisionsanspruch) ersetzt, aber entspr. anwendbar auf feste Vergütung (vgl. → § 87 Rn. 5). Statt § 628 II BGB gilt § 89a II. Zur Geltung der §§ 620 ff. BGB im Übrigen → § 89 Rn. 6.

B. **Außerordentliche Kündigung (ohne oder mit Frist):** Wie bei allen **3** Dauerschuldverhältnissen (§ 314 BGB) kann jeder Teil den Vertrag, mag er auf bestimmte oder unbestimmte Zeit geschlossen sein, **aus wichtigem Grunde ohne Frist kündigen (I 1)**; wie § 626 I BGB), auch bevor der HV seine Tätigkeit aufgenommen hat. Aussetzung der Belieferung als milderes Mittel vor fristloser Kündigung, OLG Düsseldorf ZVertriebsR 2024, 293 Rn. 17 (Verdacht auf Untreue).

Aber auch eine Kündigung **mit Frist (Auslaufrfrist)**, die der Unternehmer **4** einräumen kann (nicht muss) und die idR kürzer als die für eine ordentliche Kündigung sein kann, aber nicht sein muss, statt einer fristlosen Kündigung ist außerordentliche Kündigung, wenn klar zum Ausdruck kommt, dass sie aus einem Grund erfolgt, der zur fristlosen Kündigung berechtigen würde, es sei denn der Kündigende begnügt sich doch vorsichtshalber mit einer ordentlichen Kündigung; zur Abgrenzung BGH NJW 2000, 1868; OLG Koblenz NJW-RR 2007, 1045; OLG München ZVertriebsR 2021, 47; zT aA EB/Semmler Rn. 4. Die Mindestfrist nach § 89 I gilt für sie also nicht. Eine außerordentliche Kündigung mit Auslaufrfrist ist nur bei solcher Erklärung anzunehmen, sonst bleibt es bei sofortiger Wirkung, BGH NJW 1999, 946; OLG Nürnberg BB 1969, 391. Während der Auslaufrfrist wird der HV häufig **freigestellt** (Voraussetzungen → § 89 Rn. 25), seine Pflichten, insbesondere das Wettbewerbsverbot bleiben

bestehen. Die Gewährung einer Auslaufrist spricht nicht ohne weiteres gegen das Vorliegen eines wichtigen Grundes, ist aber trotzdem nicht ohne Risiko (Grund: außerordentliche Kündigung nur bei Unzumutbarkeit), dazu MüKoHGB/Ströbl Rn. 82. Zur Auslauf- und Übergangsfrist EB/Semmler Rn. 49. Ein Recht auf Auslaufrist hat der HV nicht, seinen Interessen trägt schon das Merkmal der Zumutbarkeit (→ Rn. 6) Rechnung, ausnahmsweise anders Staub/Emde Rn. 69, 88: Verhältnismäßigkeit, Treupflicht. Umgekehrt kann der HV verpflichtet sein, die Auslaufrist wahrzunehmen, wenn der Unternehmer Zeit für eine Übergangsregelung benötigt, Staub/Emde Rn. 70; nach MüKoHGB/Ströbl Rn. 82 auch sonst wegen Disposition des Unternehmers über das Vertragsende. Auslaufristen im Arbeitsrecht, BAG ZIP 2007, 1425. Nur der Unternehmer, nicht auch das Gericht kann eine Auslaufrist einräumen, BGH NJW 1999, 946 f.

- 5 **C. Umdeutung in ordentliche Kündigung:** Ist die außerordentliche Kündigung mangels wichtigen Grundes unwirksam, kann sie als ordentliche Kündigung zum nächsten Termin wirksam sein, sofern der Kündigende dies bei Kenntnis der Nichtigkeit gewollt hätte und dies deutlich erkennbar geworden ist (Umdeutung, § 140 BGB), BGH BB 1969, 381; 1992, 1163; OLG Karlsruhe DB 1971, 572; BAG NZA 2010, 1348 Rn. 39; vgl. auch BAG NJW 2016, 1117 (hilfsweise ordentliche Kündigung). Eine derart in eine ordentliche umgedeutete, unwirksame außerordentliche Kündigung des Unternehmers berechtigt den HV, seine Tätigkeit sofort einzustellen, OLG Stuttgart BB 1960, 956; der HV behält Anspruch auf die ihm bis zur Vertragsbeendigung so entgehende Provision (vgl. → Rn. 38, 40, zu den weiteren Folgen unberechtigter Kündigung → Rn. 36). Die als außerordentliche unwirksame, als ordentliche wirksame Kündigung enthält iZw Widerruf der Vollmachten des HV (vgl. §§ 55, 91), zulässig aber mit Wirkung erst zu dem ordentlichen Kündigungstermin, EB/Semmler § 84 Rn. 129, aA noch Hopt HVR 6. Aufl., gegen Dritte aber nur bei Kundgebung, zB Rundbrief (§§ 168 S. 2, 171 II BGB).

2) Wichtiger Grund (I 1)

- 6 **A. Grundsatz, Abmahnung:** Ein Kündigungsgrund ist wichtig genug zur außerordentlichen Kündigung, wenn dem Kündigenden unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalls und unter Abwägung der beiderseitigen Interessen die Fortsetzung bis zur vereinbarten Vertragsbeendigung (§ 620 BGB, → § 89 Rn. 19) oder bis zum Ablauf der Frist zur ordentlichen Kündigung (§ 89) nicht zugemutet werden kann, also **Abwarten unzumutbar** ist (§ 314 I 2 BGB, → Rn. 1; vgl. § 626 I 1). Dazu ist eine Gesamtwürdigung mit umfassender Abwägung aller Umstände des Einzelfalls zu treffen; dabei muss das Interesse des Kündigenden an einem sofortigen Vertragsende das Interesse des anderen Teils an der Vertragsfortsetzung überwiegen, OLG München ZVertriebsR 2025, 165 Rn. 58. Relevante Kriterien sind ua Art, Schwere und Dauer der Vertragsverletzung, Vorgeschichte, vermögensrechtliche Folgen für den Gekündigten, auch im Vergleich zur ordentlichen Kündigung, Art und Dauer der bisherigen Zusammenarbeit, die bisherigen Leistungen des Gekündigten und die Ausgestaltung des Vertragsverhältnisses, so OLG Düsseldorf BeckRS 2017, 151716 Rn. 48. Zur Gesamtabwägung und den verschiedenen Einzelgesichtspunkten Auflistung bei EB/Semmler Rn. 39 ff., methodisch für Zweistufenprüfung: wichtiger Kündigungsgrund und umfassende Abwägung Rn. 39.
- 7 **Gegen Unzumutbarkeit** fallen ins Gewicht zB: Geringfügigkeit der Wettbewerbsverstöße, die das Vertrauensverhältnis bei verständiger Würdigung nicht grundlegend beschädigen, BGH NJW 2011, 608 (auch → Rn. 27), Aussicht auf Abhilfe; Nähe des Vertragsablaufs oder nächsten ordentlichen Kündigungstermins (Abwarten eher möglich), BGH BB 1979, 242; zu erwartende Folgen der außerordentlichen Kündigung (im Gegensatz zur ordentlichen, zB auch Rechtsfolge

des § 89b III 2, BGH WM 1975, 856; von Gamm NJW 1979, 2494); längere Vorhersehbarkeit, zB Betriebsumstellung bei Verlusten, BGH NJW 1986, 1931; langjährige erfolgreiche Tätigkeit für den Unternehmer, BGH DB 1981, 1772; OLG Stuttgart BB 2010, 920 (VersVertreter), auch bei Nachlassen im Alter, OLG Karlsruhe BB 1957, 561; längere Duldung oder laue Beanstandungen, BGH WM 1982, 633; Einräumung längerer Abstellfrist, etwa bei nicht genehmigter Konkurrenzvertretung, OLG Nürnberg BB 1965, 809; Rückschlüsse aus eigenem Verhalten des Kündigenden nach Eintritt des Kündigungsgrundes sind möglich, BGH BB 1983, 1629; WM 1984, 558. Grundsätzlich **nicht** gegen Unzumutbarkeit sprechen Möglichkeit der Freistellung (→ § 89 Rn. 25); Möglichkeit einer Fortsetzung des Vertrags zu anderen Bedingungen, Staub/Emde Rn. 16.

Eigene Vertragsuntreue kann Kündigung wegen Verstößen des anderen 8
Teils hindern (§ 242 BGB), falls diese nicht so gewichtig sind, dass Fortsetzung trotz der eigenen unzumutbar ist, BGHZ 44, 275; BB 1959, 541; 16.4.1959, HVR Nr. 211; WM 1992, 313; OLG Hamm 11.6.1997, HVR Nr. 878; OLG München VersR 2014, 1083, oder andere Umstände (auch bei gleichem Verschulden) nach Treu und Glauben das Festhalten am Vertrag unzumutbar machen, BGH BB 1960, 381.

Mehrere Gründe können auch erst gemeinsam ausreichen, BGHZ 44, 274; 9
OLG Saarbrücken NJW-RR 2002, 542 (vgl. auch → Rn. 15). Insgesamt gibt es also weder „absolute Kündigungsgründe“ noch umgekehrt Tatsachen, die nie außerordentliche Kündigung rechtfertigen können (aber Vereinbarung, → Rn. 27f).

Abmahnung (§§ 314 II, 323 II BGB, → Rn. 1) soll den HV unmissverständlich 10
auf einen wichtigen Grund hinweisen, der mangels Abhilfe zur außerordentlichen Kündigung führen werde. Sie ist empfangsbedürftige Willenserklärung (§ 130 BGB), Zugang genügt. Kenntnisnahme unnötig, aA EB/Semmler Rn. 31, aber anders bei treuwidriger Vereitelung von Zugang oder Kenntnisnahme. Sie muss, um ihre Funktion zu erfüllen, **ausdrücklich, klar und eindeutig** sein, OLG München VersR 2014, 1082, bloße, auch wiederholte Ermahnungen sind noch keine Abmahnung, OLG München ZVertriebsR 2019, 254 Rn. 30; vielmehr muss diese der Rüge- und der Warnfunktion entsprechen, OLG München IHR 2020, 72. Sie ist zwar **formlos**, also auch mündlich und sogar konkludent, wirksam, sollte aber schon aus Beweisgründen besser schriftlich ausgesprochen werden (→ Rn. 11). Der Unternehmer, der die Abmahnung ausspricht, bringt damit zum Ausdruck, dass er dieses Mal noch nicht außerordentlich kündigen will; wegen des in der Abmahnung gerügten wichtigen Grundes ist deshalb **keine** außerordentliche **Kündigung** mehr möglich, außer wenn klar kein Verzicht (zB falls gleich gelagerte Verstöße bekannt werden) gewollt ist, OLG München IHR 2016, 44. Bei erneutem, vergleichbarem wichtigem Grund kann dann der Unternehmer aber ohne erneute Abmahnung außerordentlich kündigen, dies auch, wenn der wichtige Grund sich erst aus beiden Vertragswidrigkeiten insgesamt ergibt. Liegt zwischen beiden ein längerer Zeitraum, kann erneute Abmahnung notwendig werden, Staub/Emde Rn. 39.

Abmahnung vor Ausspruch der außerordentlichen Kündigung ist **praktisch** 10a
immer notwendig, wenn Grund in Störung der **Leistungsseite** (nicht Vertrauensseite) besteht, BGH DB 1978, 1882; WM 1981, 172; NJW-RR 1999, 539; WM 2006, 873; NZG 2009, 312; BB 2009, 578; OLG München VersR 2014, 1082; OLG Düsseldorf 15.12.2000, HVR Nr. 949; 16.3.2001, HVR Nr. 952. **Abmahnung ist aber auch bei Vertrauensseite grundsätzlich notwendig** (aber → Rn. 10b), OLG Düsseldorf 16.5.2003, HVR Nr. 1073; OLG Saarbrücken 25.1.2006, HVR Nr. 1170; OLG Köln 20.9.2013, HVR Nr. 1398 (einmaliger Wettbewerbsverstoß nach sechsjähriger Tätigkeit); OLG München IHR 2020, 72; Abmahnung jedenfalls bei langjähriger Tätigkeit des

HV und sicherem Fehlen eines Schadens des Unternehmers, OLG Köln 19.7.2002, HVR Nr. 1051; bei Verstoß gegen Verkäufe auf Kredit (falls nicht schon unwirksame AGB, → § 86 Rn. 15), wenn der Unternehmer dies jahrelang geduldet hat, und selbst bei kurz zuvor erteilter Weisung, wenn der HV daraufhin die Kreditverkäufe schon erheblich reduziert hat, BGH NZG 2009, 310, uU auch bei Beleidigung im Erregungszustand, OLG Stuttgart BB 2008, 1954 (zu weit). Fallliste für notwendige Abmahnung bei Staub/Emde Rn. 44.

- 10b** Abmahnung ist aber **entbehrlich** bei so **schwerwiegenden** Vertragsverletzungen, dass Abmahnung **Vertrauensbasis nicht wiederherstellen** kann, BGH ZIP 1999, 1309 (laufender Wettbewerb); OLG Köln VersR 2001, 1023 (grob täuschende Werbeaktion); OLG Köln VersR 2002, 482 (leichtfertiges Äußern strafrechtlicher Vorwürfe über wichtigen Kunden des Unternehmers); OLG Saarbrücken NJW-RR 2002, 542; OLG Düsseldorf 16.12.2005, HVR Nr. 1212 (Konkurrenz trotz Untersagung nach Ankündigung); OLG München BB 2009, 2002 (Tätigkeit für direkten Konkurrenten trotz Klausel über ausdrückliche schriftliche Zustimmung); OLG Düsseldorf 22.12.2011, HVR Nr. 1347 (mehrfache Abwerbungsversuche anderer HV, Verschieben eines Strohmanns); OLG München 19.12.2012, HVR Nr. 1383; VersR 2014, 1082; OLG Düsseldorf BeckRS 2017, 151716 Rn. 58 (wissentliche Vorlage eines Vertrags mit gefälschter Unterschrift); KG ZVertriebsR 2021, 243 Rn. 10, 29 (Verschweigen der Tätigkeit der Ehefrau des HV für den Hauptkonkurrenten). Dass Billigung des Verhaltens offensichtlich ausgeschlossen ist, reicht für Verlust der Vertrauensbasis nicht ohne Weiteres aus, aA wohl OLG Köln VersR 2001, 1023. Ob HV sein Verhalten für berechtigt hält, soll für Vertrauensverlust unerheblich sein, BGH ZIP 1999, 1309; bei berechtigten Zweifeln ist jedoch Abmahnung zwecks Klärung nötig, BGH WM 2001, 1034. Ohne zumutbare Abmahnung fehlt es am wichtigen Grund (Grundsatz der Verhältnismäßigkeit), OLG München BB 1993, 2403. Fallliste für nicht notwendige Abmahnung bei Staub/Emde Rn. 43.
- 10c** Bloße **Anhörung** → Rn. 20. **Klage auf Feststellung** der „Unwirksamkeit“ der Abmahnung ist zulässig, Staub/Emde Rn. 48; aA OLG Bremen BB 2010, 1819 Ls. mzustAnm Lamberti/Ströbl, da bloße Vorfrage, aber Feststellungsinteresse besteht idR, da für spätere Kündigung und unter § 89b möglicherweise relevant. Für Zulässigkeit einer Feststellungsklage, dass Recht zur fristlosen Kündigung besteht, Flohr/Liesegang ZVertriebsR 2018, 351, str., vgl. Wauschkuhn ZVertriebsR 2018, 275.
- 11** Die **Beweislast** für das Vorliegen eines wichtigen Grundes liegt beim Kündigenden, BGH NJW-RR 1999, 539 (540); OLG Karlsruhe DB 1971, 572; 28.10.1975, HVR Nr. 495; OLG Saarbrücken 11.2.1998, HVR Nr. 897; 25.1.2006, HVR (Nr. 1170); OLG Düsseldorf BeckRS 2017, 151716 Rn. 51, allgemeiner bei dem, der sich darauf beruft, BGH NJW-RR 1999, 539; OLG Düsseldorf WM 1992, 19. Rechtfertigungsgründe hat der Gekündigte darzulegen, der Kündigende kann diese widerlegen, BGH ZIP 2002, 2254 (zu § 626 BGB). Wer Schadensersatz verlangt (→ Rn. 40), hat den Schaden zu beweisen, Beweiserleichterungen nach §§ 252 BGB, 287 ZPO.
- 12** Der Rechtsbegriff des wichtigen Grundes ist **revisibel**, soweit es um die generelle Eignung eines Sachverhalts bestimmter Art zur Begründung der außerordentlichen Kündigung geht, BGH WM 1984, 558, anders nur soweit die tatsächlichen Besonderheiten des Einzelfalls zu würdigen sind.
- 13** **B. Kündigungserklärung, Nachschieben von Gründen:** Kündigungserklärung → § 89 Rn. 15. Die Kündigung ist als außerordentliche (§ 89a) klar und eindeutig zu **bezeichnen**, BGHZ 27, 225; OLG München 11.11.1998, HVR Nr. 894; WM 2011, 1626, aber nicht unbedingt mit dem Wort „außerordentliche“ oder „fristlose“ Kündigung, OLG Düsseldorf BeckRS 2017, 151716 Rn. 40. Die nicht so bezeichnete Kündigung gilt als ordentliche (§ 89 oder

Vertrag) und wird nicht durch Nachschieben wichtiger Gründe rückwirkend zur außerordentlichen, dieses ist idR neue, nunmehr außerordentliche Kündigung, BGHZ 27, 222; OLG Nürnberg BB 1957, 561. Die Angabe bestimmter wichtiger Gründe kann andere uU ausschließen (→ Rn. 32).

Die Kündigung braucht grundsätzlich **nicht begründet** zu werden, der wichtige Grund braucht nicht benannt zu werden (aber → Rn. 13), OLG Düsseldorf BeckRS 2017, 151716 Rn. 40; MüKoHGB/Ströbl Rn. 65, Begründungspflicht kann aber vereinbart sein (§§ 133, 157 BGB). Auch **alle objektiv vorliegenden Gründe**, auch wenn sie dem Kündigenden unbekannt waren, sind bei der Beurteilung der Wirksamkeit der nicht oder unvollständig begründeten Kündigung zu beachten, also **Nachschieben** alter, dh zurzeit der Kündigung bereits vorhandener Gründe; BGHZ 27, 220; 40, 16; BB 1961, 498; BGHZ 157, 151/157 (zu § 626 BGB); OLG Saarbrücken 25.1.2006, HVR Nr. 1170; OLG München ZVertriebsR 2018, 104; BAG NJW 2008, 1097 Rn. 21 (zu § 626 BGB); jedenfalls bei gravierenden Verstößen, OLG Bremen 30.3.2006, HVR Nr. 1144, str. § 626 II 3 BGB, der zur schriftlichen Mitteilung der Gründe auf Verlangen verpflichtet, gilt entspr. auch für HV. Verfristung, Verwirkung → Rn. 30, 31.

Ein **neuer** (erst nach der Kündigung entstandener) **Grund**, wirkt, falls er mit dem alten Grund nicht zusammenhängt, nur, wenn er die Kündigung allein trägt; und erst ab seiner Geltendmachung, BGH BB 1961, 48 (gegen RGZ 142, 272: vom Zeitpunkt des Eintritts); OLG Saarbrücken 25.1.2006, HVR Nr. 1170. Dagegen soll ein neuer Grund, der mit dem bei der Kündigung erklärten alten zusammenhängt und mit diesem zusammen die Kündigung rechtfertigt (Bsp.: unerlaubter Wettbewerb nach Kündigung wegen ähnlicher Handlung), die alte Kündigung ohne nochmalige neue schon ab Entstehen des neuen Grundes (nicht erst ab seiner Geltendmachung) wirksam machen, BGHZ 27, 220; BB 1959, 540; dazu auch Staub/Emde Rn. 66. Dieses letztere ist mit der heutigen Rspr. und Lehre zum Nachschieben von Kündigungsgründen (§ 626 BGB, § 1 KSchG) nicht mehr vereinbar. Nach der Kündigung entstandene Gründe können nur neue Kündigung (ohne Rückwirkung) rechtfertigen, die allerdings konkludent im Nachschieben liegen kann, MüKoHGB/Ströbl Rn. 78; Heymann/Froitzheim Rn. 48. „Nachschieben“ unter § 89b, dort → § 89b Rn. 56.

C. **Wichtige Kündigungsgründe im Sinne von § 89a:** § 89a sagt (ebenso wie § 626 BGB) nichts darüber, was als „wichtiger“ Kündigungsgrund anzusehen ist (vgl. aber § 723 I 2 BGB, § 133 II: insbesondere vorsätzliche oder grob fahrlässige Verletzung einer wesentlichen GesVertragspflicht oder Unmöglichkeitwerden einer solchen Verpflichtung). Dazu gibt es jedoch eine reiche **Kasuistik** aus der Rspr. (→ Rn. 17 ff., 22 ff.), die aber stets auf dem Hintergrund des allgemeinen Grundsatzes der (Un)zumutbarkeit (→ Rn. 6) gesehen werden muss. Wichtiger Grund in § 89a I ist nicht inhaltlich deckungsgleich mit dem in § 89b III Nr. 2, dort wegen der Rechtsfolge engere Auslegung, → § 89b Rn. 65; vgl. aber auch BGH NJW 2011, 608; auch unter § 89a nicht bei geringfügigen Vertragsverletzungen. Lit.: Holling BB 1961, 994; Küstner/Thume/Riemer, Bd. 1, Kap. VIII Rn. 248 ff. (alphabetische Übersicht über solche Gründe).

D. **Wichtige Kündigungsgründe des Unternehmers:** a) **Umstände beim Handelsvertreter: wesentliche Vertragsverletzung des Handelsvertreters** (vgl. § 86): besonders (aber nicht nur) vorsätzliche oder grob fahrlässige; zB grob eigennützige Missachtung der Interessen des Unternehmers; endgültige, unberechtigte Dienstverweigerung; Drohung, eigene Vorzugsbedingungen anderen HV mitzuteilen, BGH BB 1984, 237; Drohung, Betriebsinterna zu offenbaren, und sonstige widerrechtliche Drohungen, OLG Saarbrücken NJW-RR 2002, 542; offenes Abraten von Empfehlungen des Unternehmers, Konterkarierung seiner Vertriebsbemühungen, OLG Saarbrücken NJW-RR 2002, 542; Widerspruch gegenüber dem Unternehmer in Gegenwart des Kunden bezüglich Liefer-

fähigkeit, OLG München ZVertriebsR 2022, 327 Rn. 69, iErg abl. wegen bevorstehendem Vertragsende Rn. 70; versuchte Abwerbung anderer HV des Unternehmers zugunsten eines Nichtwettbewerbers, BGH BB 1977, 1170 (bei Wettbewerb → Rn. 19); Mehraufschreibungen bei Kundenbestellung in nen-nenswerter Anzahl, BGH DB 1981, 987; Inanspruchnahme erheblicher, dem Bezirksdirektor zustehender Versicherungsprovisionen, OLG München VersR 2002, 568; Nichtbefolgung von (berechtigten, → § 86 Rn. 16) Weisungen des Unternehmers, etwa bei der Bearbeitung von Versicherungsanträgen, BGH VersR 1986, 1072; Weisung zum regelmäßigen Besuch von Krankenhäusern, OLG München NJW-RR 2003, 401, oder bei Veränderung des Warensortiments durch den Unternehmer, BGH DB 1981, 1772; vertragswidrige Nicht-rückübertragung der VersBestandsverwaltung, BGH VersR 1968, 642; **Pflicht-vernachlässigung** mit der Folge eines Umsatzrückgangs, BGH WM 1982, 633; OLG Frankfurt a. M. DB 1967, 329; unzureichende Gebietsbetreuung (§ 87 II) mit Umsatzrückgang, OLG München NJW-RR 2003, 401; dauernde Nach-lässigkeit des HV, OLG Stuttgart BB 1960, 956; ungenügende Beaufsichtigung des Personals, OLG Celle BB 1958, 894; (berechtigte) Beschwerden der Kunden, OLG Stuttgart BB 1960, 956; Nichtbestehen eines KfzWerkstatttests in gravie-renden Fällen, OLG Düsseldorf BB 2010, 1800; **Vertrauensverstöße**: Falsch-angaben zum Schadensfall im Zusammenwirken mit Versicherungsnehmer, OLG Hamm VersR 1999, 1016; wissentliche Vorlage eines Vertrags mit gefälschter Unterschrift, auch nach 40jähriger Tätigkeit, Schaden insoweit unerheblich, OLG Düsseldorf BeckRS 2017, 151716 Rn. 56; Verschleierungstaktik, OLG München IHR 2016, 44; je falsche Reisekostenabrechnungen, 17.12.2009, HVR Nr. 1300; nach den Umständen Beleidigung des Unternehmers, BGH VersR 1959, 887; OLG Celle BB 1963, 711, oder leitender Angestellter, OLG Stuttgart BB 1960, 956; OLG Nürnberg BB 1963, 447, auch anonym im Internet, uU auch Duldung durch HVDomaininhaber, LAG Baden-Württem-berg 7.5.2007, BeckRS 2007, 44703; sonstige beleidigende Herabwürdigung oder Verhaltensweisen und Umstände, welche Autorität und Ansehen des Un-ternehmens bei Mitarbeitern oder Kunden untergraben können, OLG Saarbrücken NJW-RR 2002, 542, etwa ehrenrührige Verurteilung, Aufdeckung entsprechen-der Vorstrafen; je nach den Umständen Trunkenheit im Dienst, OLG Celle VersR 1961, 507; leichtfertiges Äußern strafrechtlicher Vorwürfe über wichtigen Kunden des Unternehmers, OLG Köln VersR 2002, 482; unberechtigte Führung von Berufsbezeichnungen und akademischer Titel, OLG Hamburg BB 1960, 1300 (Apotheker); unberechtigte außerordentliche Kündigung (→ Rn. 36); Nichteinhaltung der Fortsetzungsvereinbarung nach einverständlicher Rücknah-me der ordentlichen Kündigung, BGH BB 1984, 235; heimliche Verhandlung mit Dritten zwecks vorzeitiger Vertragsbeendigung, OLG Düsseldorf 17.11.1953, HVR Nr. 38; unbefugtes umfangreiches Speichern von Daten und Betriebs-geheimnissen, OLG München ZVertriebsR 2018, 104; **nachhaltiges Zerwürf-nis**, so dass gedeihliches Zusammenwirken nicht mehr zu erwarten ist, auch ohne Verschulden, auch bei beiderseitigem, OLG Nürnberg BB 1960, 956; 1963, 447; OLG Saarbrücken NJW-RR 2002, 542, jedoch nicht schon harte geschäftliche Diskussion, BGH BB 1979, 243; in besonderen Fällen uU auch unberechtigte Klageerhebung (Hopt/Merkel HGB Einl. Vor § 1 Rn. 69), vgl. OLG Celle BB 1963, 711; **Nichtmeldung** von Geschäftsabschlüssen und Sachverhalten, die für den Unternehmer von besonderer Wichtigkeit sind, OLG Köln BB 1971, 543, aber nicht ohne Weiteres schon einmalige Nichtmeldung, BGH BB 1979, 242; Nichtunterrichtung über Aufnahme nicht genehmigter Nebentätigkeit nur im Einzelfall, nicht ohne Weiteres wie bei ungenehmigter Konkurrenz (→ Rn. 19), BGH WM 2001, 1031, aber wenn Unternehmer hintergangen wird, OLG Bam-berg BB 1979, 1001; Nichtunterrichtung über Haftungsbeschränkung durch Umwandlung in GmbH & Co, BGH BB 1978, 982 (für Vertragshändler). Ver-

dacht der Nichtmeldung in zahlreichen Fällen und mangelnde Aufklärung durch HV, OLG Düsseldorf ZVertriebsR 2024, 293 Rn. 17. Bei **HVGesellschaft** (→ § 84 Rn. 8f.) können die Umstände auch bei einem Gfter liegen, zB Ausscheiden des maßgeblichen Geschäftsführers, Emde GmbHR 1999, 1016, MüKoHGB/Ströbl Rn. 51, oder Beteiligung eines konkurrierenden HV; dies auch ohne das Vorliegen von §§ 278, 831 BGB, auch schwere Beleidigungen durch Angestellte der HVGesellschaft, maßgeblich ist nicht Verschulden, sondern die Unzumutbarkeit, MüKoHGB/Ströbl Rn. 52. Umwandlung in HVGmbH bedarf idR der Zustimmung des Unternehmers (str., → § 84 Rn. 9a), die Frage der außerordentlichen Kündigung stellt sich aber bei Nichtmeldung, MüKoHGB/Ströbl Rn. 53. Für **Erfüllungshelfen** gilt **§ 278 BGB**, BGH NJW 2007, 3068 (anders zu → § 89b Rn. 65); OLG München ZVertriebsR 2018, 104 Rn. 17. **Einbezogene Dritte**: → Rn. 18. Vertrauensverstoß gegenüber der einen SchwesterGes im **Konzern** kann wichtigen Kündigungsgrund auch für andere sein, OLG Bremen 30.3.2006, HVR Nr. 1144; vgl. zum Konzern → Rn. 21.

Nicht: Verweigerung der Zustimmung zur Verkleinerung des Bezirks; Verweigerung von Mitteilungen in der vom Unternehmer gewünschten Form (Wochenberichtsformulare), BGH WM 1988, 33; bloßes Nachlassen des HV in seiner Bemühung, besonders nach langer früherer erfolgreicher Zusammenarbeit, LG Freiburg BB 1957, 561 (aber es kann den Ausgleich, § 89b, drücken); Nicht-tätigwerden für zusätzlichen Absatz einer höherwertigen Kollektion bei neuem Kundenkreis, BGH DB 1981, 1772; Nichterreichen von unrealistischen Sollabsatzvorgaben, OLG Düsseldorf 27.9.1996, HVR Nr. 875; Nichterreichen von Mindestumsatz (trotz dreimonatiger Kündigungsfrist), OLG Koblenz BB 2010, 1691; Niebling WRP 2010, 632; Emde BB 2011, 2756; str.; geringe Umsätze oder Umsatzrückgang reichen für sich allein, also ohne Verschulden, keinesfalls aus, die Rspr. verlangt zT sogar grobfahrlässige Pflichtwidrigkeit, OLG Karlsruhe BB 1977, 1672; 28.10.1975, HVR Nr. 495 Ls., Mindestumsatzabrede (Umsatzgarantie → § 86 Rn. 14) mit und ohne Kündigungsklausel, Budde/Gruppe ZVertriebsR 2014, 74 (76), ausführlich Staub/Emde Vor § 84 Rn. 98; einvernehmliches Ausgehen von Mindestabnahme ist noch keine Verpflichtung, OLG Karlsruhe MDR 2013, 80 (Bierlieferungsvertrag); (ohne vorherige Abmahnung) Vertragsverletzung oder Nichtmeldung bei unklaren Vertragsklauseln, OLG München 16.11.1990, HVR Nr. 699.; Verstoß gegen erstmalig anderslautende Weisung bei vorheriger jahrelanger Duldung, KG DB 2007, 1355; Vermögensübergang von OHG auf GmbH, OLG Stuttgart BB 2011, 1811 mAnm. Steinhauer BB 2012, 527; geschäftliche Diskussion um Provisionen, auch wenn der Unternehmer im Recht ist, 17.12.2009, HVR Nr. 1300, Verfehlungen Dritter (**§ 278 BGB unanwendbar**, weil Ausgleichsanspruch wegfällt), anders bei einvernehmlicher Einbeziehung in Vertrag, OLG Saarbrücken 10.2.1999, HVR Nr. 899 (Ehemann) oder bei Geschäftsführer oder Gfter einer HVGmbH; **Brexit** (→ § 84 Rn. 3); § 313 BGB liegt idR nicht vor, Emde ZVertriebsR 2018, 78. **Corona, COVID-19** je nach Einzelfall, Emde ZVertriebsR 2020, 138, Thume BB 2020, 1419, Rothermel IHR 2020, 89.

Insbesondere unzulässiger Wettbewerb (→ § 86 Rn. 26 ff.; Abmahnung → Rn. 10b): insbesondere Verstoß gegen vertragliche Wettbewerbsklausel, BGH BB 1974, 714, aber auch ohne solche; namentlich bei Verheimlichung, BGH BB 1974, 714, diese kann schon allein, selbst ohne Schädigung des Unternehmers, das Vertrauen zerstören; wettbewerbswidrige Eigengeschäfte, OLG München NJW-RR 1995, 1186; ungenehmigte Übernahme einer Konkurrenzvertretung, BGH 28.10.1957, HVR Nr. 164; NJW 1987, 57; 1999, 947, verheimlichte ebenso wie offene Konkurrenzfähigkeit, BGH ZIP 1999, 1309; auch nach der eigenen ordentlichen Kündigung des HV in der Zeit vor Vertragsende, OLG Frankfurt a. M. 15.10.2003, HVR Nr. 1087; auch bei Überschneidung nur einzelner Sortimentsteile (→ § 86 Rn. 27); auch bei erstem Zugriff auf Geschäfts-

angebote, anders wenn bei Vertragsschluss bekannt, OLG Düsseldorf 5.8.1955, HVR Nr. 106; OLG Hamm 5.12.1956, HVR Nr. 128, oder später (in Kenntnis des wahren Ausmaßes) geduldet, BGH VersR 1961, 53; OLG Köln BB 1972, 468, oder wenn Abwarten doch zumutbar, BGH VersR 1960, 846; WM 1992, 311 (vgl. → Rn. 7); Übernahme einer weiteren (auch nicht konkurrierenden) Vertretung ohne die vertraglich vorgeschriebene Genehmigung des Unternehmers, BGH WM 1977, 318 (Tankstelle); OLG Nürnberg BB 1963, 203; OLG Bamberg BB 1979, 1000, aber nicht bei bloßer Anzeigepflicht, OLG Karlsruhe 22.1.1997, HVR Nr. 820, auch nicht schon bei Auswachsen einer erlaubten Zweitvertretung zu echtem Konkurrenzunternehmen, BGH 27.2.1976, VW 1978, 810 (von Gamm NJW 1979, 2491); Vermittlung von Kunden zur Konkurrenz durch VersVertreter ohne Zustimmung des Unternehmers, auch wenn dieser bestimmte Risiken grundsätzlich ablehnt, BGH BB 1974, 714 (bedenklich: grundsätzliche Ablehnung kann als Verzicht auf Zustimmungseinholung angesehen werden); Abwerbung eines anderen HV des Geschäftsherrn für ein anderes (nicht unbedingt Konkurrenz-)Unternehmen, BGH BB 1977, 1170; OLG Düsseldorf 22.12.2011, HVR Nr. 1347.

- 20 Unmöglichkeit der Erfüllung wesentlicher Vertragspflichten** durch HV, **auch unverschuldet** (anders § 89b III Nr. 2, dort → § 89b Rn. 63), zB Eröffnung des **Insolvenzverfahrens** über das Vermögen des HV (nicht Geschäftsherr iSv § 116 InsO, → § 89 Rn. 4), Vermögensverfall, BGHZ 129, 296; OLG Hamm 9.6.2004, HVR Nr. 1095; vgl. OLG Düsseldorf ZIP 2010, 194 (Fortbestand in der Insolvenz, § 108 I InsO), Ströbl/Schumacher BB 2009, 1201, Geschäftseinstellung, Geschäftsübertragung des HV, uU Ausscheiden des maßgeblichen Gfters aus der HVGes (→ Rn. 17), MüKoHGB/Ströbl Rn. 51; unerwartete Krankheit von unabsehbarer Dauer, BGHZ 129, 294; OLG Frankfurt a. M. NJW-RR 2004, 1174. Unter strengen Anforderungen auch schon der **Verdacht** eines Vertrauensbruchs (zB Rezeptdiebstahls), BGHZ 29, 276; Verdacht einer schweren Straftat (Spendenbetrug, Franchisenehmer), OLG Frankfurt a. M. 13.11.2009, HVR Nr. 1294; BAG NJW 2013, 1387; NJW 2017, 3547 (zu § 626 BGB); trotz Aufforderung nicht ausgeräumter Verdacht unzulässigen Wettbewerbs, OLG München 9.1.1998, HVR Nr. 888; Vertuschung von Inkassi, Verweigerung der Aufklärung des Verbleibs kassierter Versicherungsprämien, OLG Köln VersR 1971, 1171; die Aufklärungspflicht des Unternehmers vor Ausspruch der Kündigung ist begrenzt, nicht aufgeklärte belastende Umstände gehen uU zu Lasten des HV, BGH BB 1959, 541 (mit arbeitsrechtlicher Rspr.). Verdachtskündigung aber wie im Arbeitsrecht (Hopt/Roth HGB § 59 Rn. 145) nicht ohne vorherige Anhörung, OLG Bamberg 14.7.1997, HVR Nr. 934, BAG NJW 2014, 3389 (zu § 626 BGB), und ohne zumutbare Sachaufklärung. Erfolgreiche Verdachtskündigung schließt spätere Tatündigung bei Bestätigung des Verdachts nicht aus, BAG NJW 2011, 2231 (zu § 626 BGB); dann erneute Frist → Rn. 30. Zur Verdachtskündigung EB/Semmler Rn. 22 ff. Stellt sich der Verdacht später als unbegründet heraus, kann Anspruch auf Wiedereinstellung bestehen, BAG NJW 1964, 1918; Staub/Emde Rn. 28; aA einschränkend EB/Semmler Rn. 28. **Druckündigung:** unberechtigte Vorwürfe anderer HV und von Kunden reichen idR nicht aus, anders ausnahmsweise bei schwerer Gefährdung der eigenen Lage, BGH BB 1959, 540 (Eigenhändler); BAG NZA 1996, 581 (zu § 626 BGB); sonst nur ordentliche Kündigung; vgl. Hopt/Roth HGB § 59 Rn. 146.

- 21 b) Ausnahmsweise auch Umstände beim Unternehmer:** zB Betriebsein- und -umstellung des Unternehmers aus Gründen höherer Gewalt, zB mangelnder Rentabilität, namentlich wenn schon die Tätigkeit des HV etwa bei Provisionsgarantie Verluste einbringt, BGH VersR 1958, 243 (nicht aus von ihm zu vertretenden Gründen; vgl. auch entspr. Rspr. zu § 87a III 2, dort → § 87a Rn. 28,